

**Ergänzende Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen
Vorgaben bei Auftragsvergaben
gem. Artikel 13 sowie Artikel 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)
und
§ 19d Landesdatenschutzgesetz (LSDG)**

Die Verwaltung des Landtags von Baden-Württemberg verarbeitet im Rahmen der Auftragsvergabe neben unternehmensbezogenen auch personenbezogene Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Landtag von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart
Tel.: 0711-2063 2275
Email: poststelle@landtag-bw.de

2. Wie sind die Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten?

Landtag von Baden-Württemberg
Carsten Köhler
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 – 2063 2319
Email: behoerdlicher.datenschutzbeauftragter@landtag-bw.de

3. Was sind die Rechtsgrundlagen und der Zweck der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?

Der Landtag hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Unterschwellenvergabeordnung (UVgO) sowie die Landeshaushaltsordnung (LHO) und die Verwaltungsvorschrift über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VwV Beschaffung).

Die Verarbeitung personenbezogener Daten dient der Durchführung der Auftragsvergabe und erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b, c und e DS-GVO nach Maßgabe des Abschnitts 5 des LDSG.

Ohne die Daten sowie die erforderlichen Auskünfte kann kein Auftrag erteilt werden.

4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns im Rahmen der Angebotsabgabe zur Verfügung stellen. Das sind insbesondere:

- Persönliche Kontaktdaten und Namen von Anbietern, soweit es sich um natürliche Personen oder Personengesellschaften handelt, und Kontaktdaten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern der Anbieter (z.B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer),
- Daten zur Qualifikation/Eignung eingesetzter Beschäftigter des Anbieters und
- Referenzen über in der Vergangenheit ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

Es findet keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling aufgrund der von Ihnen gespeicherten Daten statt.

5. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre Daten werden im Rahmen der Angebotsprüfung dokumentiert und der Vertragsakte beigelegt.

6. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Eine Weitergabe personenbezogener Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation erfolgt nicht.

Zu den Empfängern aufgrund einer gesetzlich zulässigen Übermittlung können insbesondere gehören:

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bei einer Auftragssumme ab 50 000 Euro (ohne Umsatzsteuer) wird der öffentliche Auftraggeber über den Bieter, der den Auftrag erhalten soll, in der Regel eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister (ehem. Gewerbezentralregister) einholen.
- Gerichte im Falle von Klagen.

7. Wie lange werden personenbezogene Daten gespeichert?

Für die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten gelten die landesrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Vertragsunterlagen.

8. Welche Rechte haben betroffene Personen?

Ihnen stehen bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu, sofern diese nicht aufgrund des Vorrangs anderer Rechtsvorschriften, insbesondere des § 19 d LDSG, eingeschränkt sind:

- Recht auf Auskunft über Sie betreffende personenbezogene Daten (Artikel 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung der Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten (Artikel 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung personenbezogener Daten (Artikel 17 DS-GVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 18 DS-GVO)
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 21 DS-GVO), sofern diesem nichts entgegensteht (Rechtsvorschrift, öffentliches Interesse) bzw. die Verarbeitung für die Durchführung des Vergabeverfahrens oder der Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist
- Recht auf Widerruf nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO

Der Widerspruch bzw. der Widerruf ist an die Landtagsverwaltung (siehe Ziff. 1) zu richten.

9. Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person hat nach Art. 77 DS-GVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt. Aufsichtsbehörde ist gem. § 19e LDSG i. V. m. der Datenschutzaufsichtsordnung für den Landtag von Baden-Württemberg vom 24. Juli 2025 (GBl. 2025 Nr. 84) das

Datenschutzaufsichtsgremium des Landtags von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
Email: datenschutzaufsichtsgremium@landtag-bw.de